
Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

1956 rief die SED zur offensiven Bekämpfung der Republikflucht auf. Sie sammelte Vorschläge aller staatlichen Organe, um die "Abstimmung mit den Füßen" unter Kontrolle zu bekommen.

Viele Menschen sahen in den 50er Jahren auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der DDR keine Perspektive. Allein 1953 flohen nach Informationen des MfS über 270.000 Bürger in den Westen. Diese sogenannte "Abstimmung mit den Füßen" wurde zunehmend zu einem Problem, kehrten doch gerade viele junge Leute der DDR den Rücken. 1956 rief die SED zur offensiven Bekämpfung der Republikflucht auf. Das Zentralkomitee versammelte alle staatlichen Organe, um über Vorschläge zur Verhinderung der Republikflucht zu beraten. Als Schild und Schwert der Partei sollte die Stasi dabei eine Schlüsselrolle einnehmen. Das vorliegende Dokument ist die Aufstellung aller Vorschläge der verschiedenen staatlichen Stellen, die in Kopie auch dem MfS zugeht und so in die Stasi-Unterlagen gelangte.

Signatur: BArch, MfS, AS, Nr. 109/65, Bd. 10, Bl. 151-159

Metadaten

Diensteinheit: Abteilung Information Datum: 22.2.1956

Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

stern geheim

Abteilung Information

ESTU
000151
Berlin, den 22.2.56

Betr.: Vorschläge über Maßnahmen zur Eindämmung der Republikflucht

Bezug: Beratung beim Zentralkomitee, Abt. Staatl. Organe - Gen.
Sorgenicht - am 21.2.56

In einer Beratung zur Eindämmung der Republikflucht am 13.2.56 beim ZK der SED wurde beschlossen, bis zum 18.2.56 geeignete Vorschläge schriftlich beim Gen. Sorgenicht einzureichen und am 21.2.56 über diese Vorschläge eine weitere Beratung durchzuführen.

Nachfolgend die Vorschläge der einzelnen staatlichen Organe.

MdI, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Abt. Bevölkerungs-
politik:

PM 12a:

Um die Besucherzahl aus der DDR nach Westdeutschland einzuschränken, die jährlich eine Zahl von rd. 2 000 000 beträgt, von denen ca. 60% nicht wieder in die DDR zurückkehren, wird vorgeschlagen, zwischen Antragstellung und Aushändigung einer PM 12a eine Frist von mindestens 14 Tagen zu stellen, um eine genaue Überprüfung der Anträge und Antragsteller vornehmen zu können.

Anträge auf PM 12a sind beim Bürgermeister zu stellen, der in Verbindung mit dem ABV eine Stellungnahme hierzu abgeben muß. Nach Bestätigung des Antrages durch das VPKA wird die PM 12 a durch den Bürgermeister ausgehändigt.

Bürger der DDR, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, müssen bei Beantragung einer PM 12a eine schriftliche Genehmigung zur Reise nach Westdeutschland von ihrem Betriebs- bzw. Dienststellenleiter vorlegen.

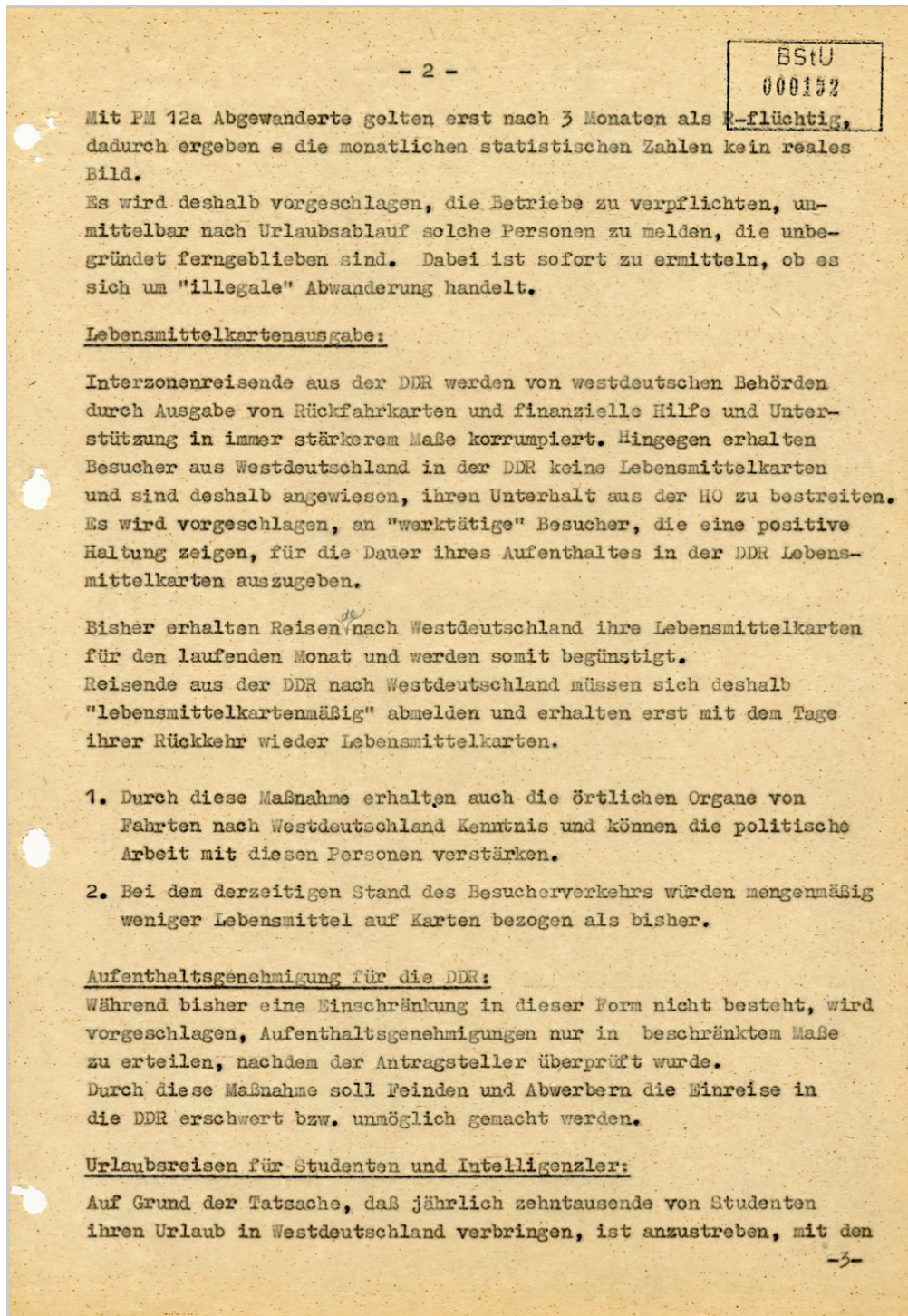
PM 12a sollte grundsätzlich nur einmal im Jahre ausgegeben werden.

Angehörigen von R-flüchtigen darf keine PM 12a ausgestellt werden, mit Ausnahme derer, die einen R-flüchtigen zurückholen wollen bzw. der Rückkehr dienen.

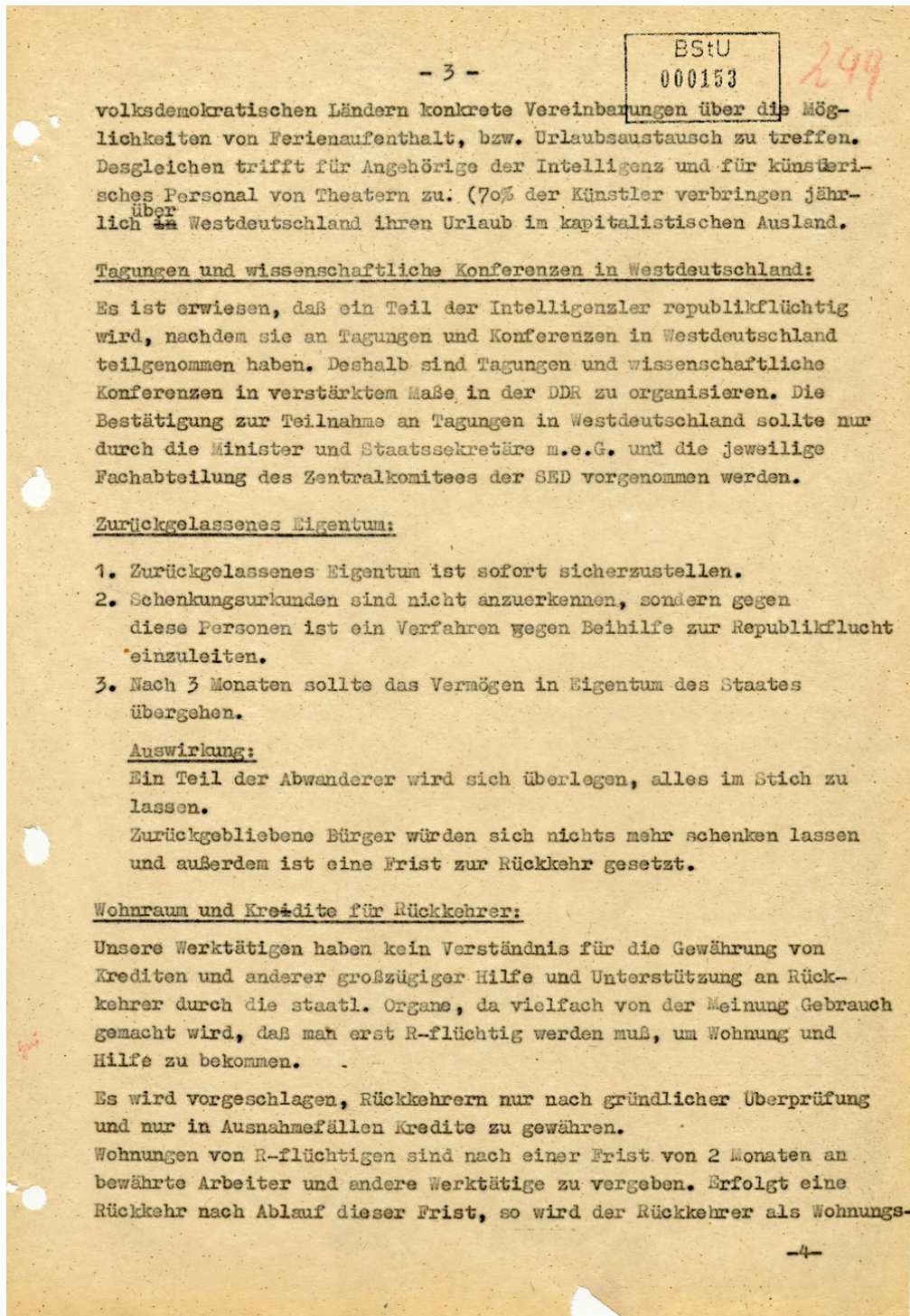
Durch diese Maßnahmen soll erreicht werden, die R-flucht auf "legalem" Wege durch beschränkte Erteilung der PM 12a einzudämmen und in Zusammenarbeit mit den Parteien und Massenorganisationen mit den Interzonenreisenden eine breite Aufklärungsarbeit zu leisten

-2-

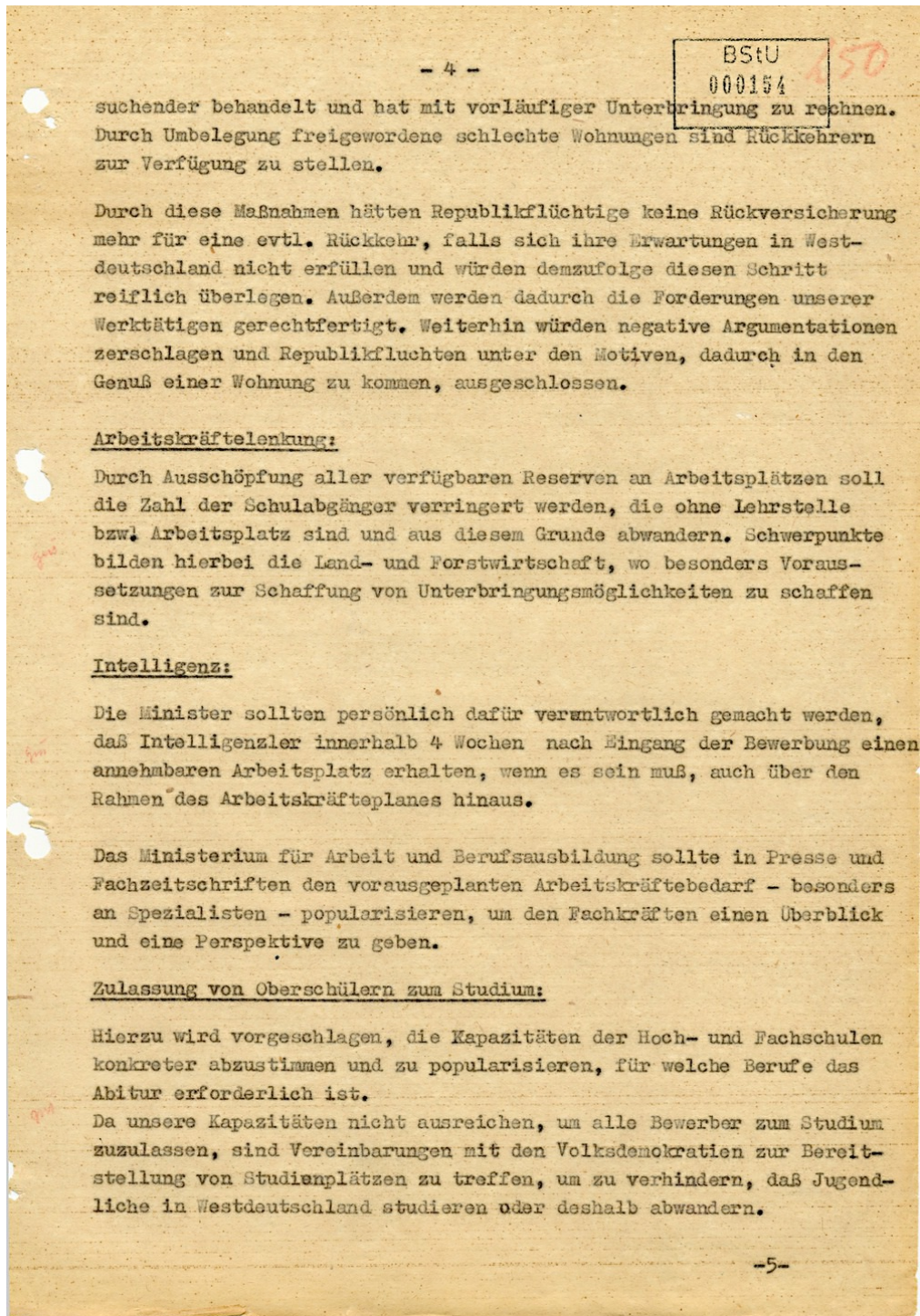
Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



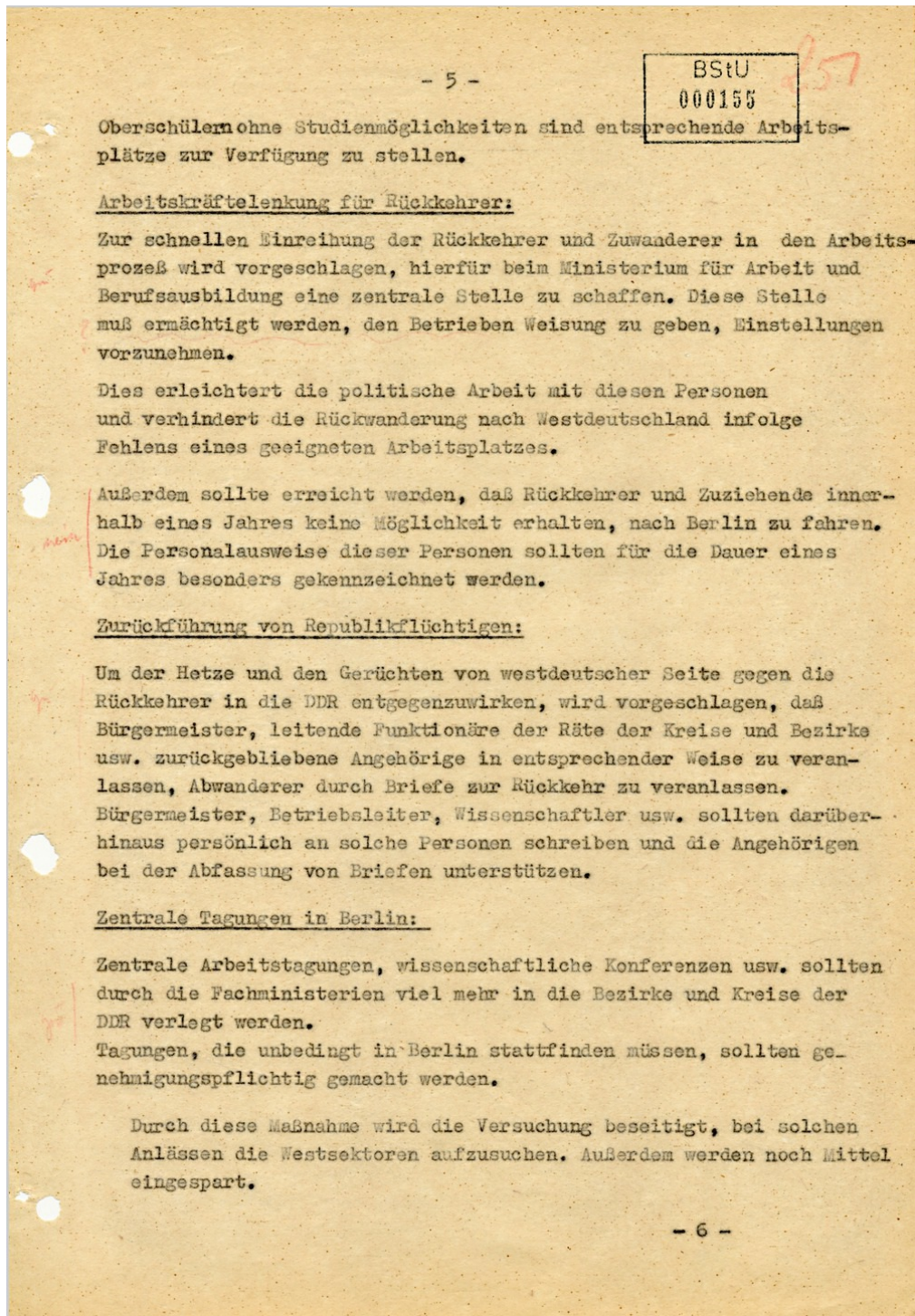
Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



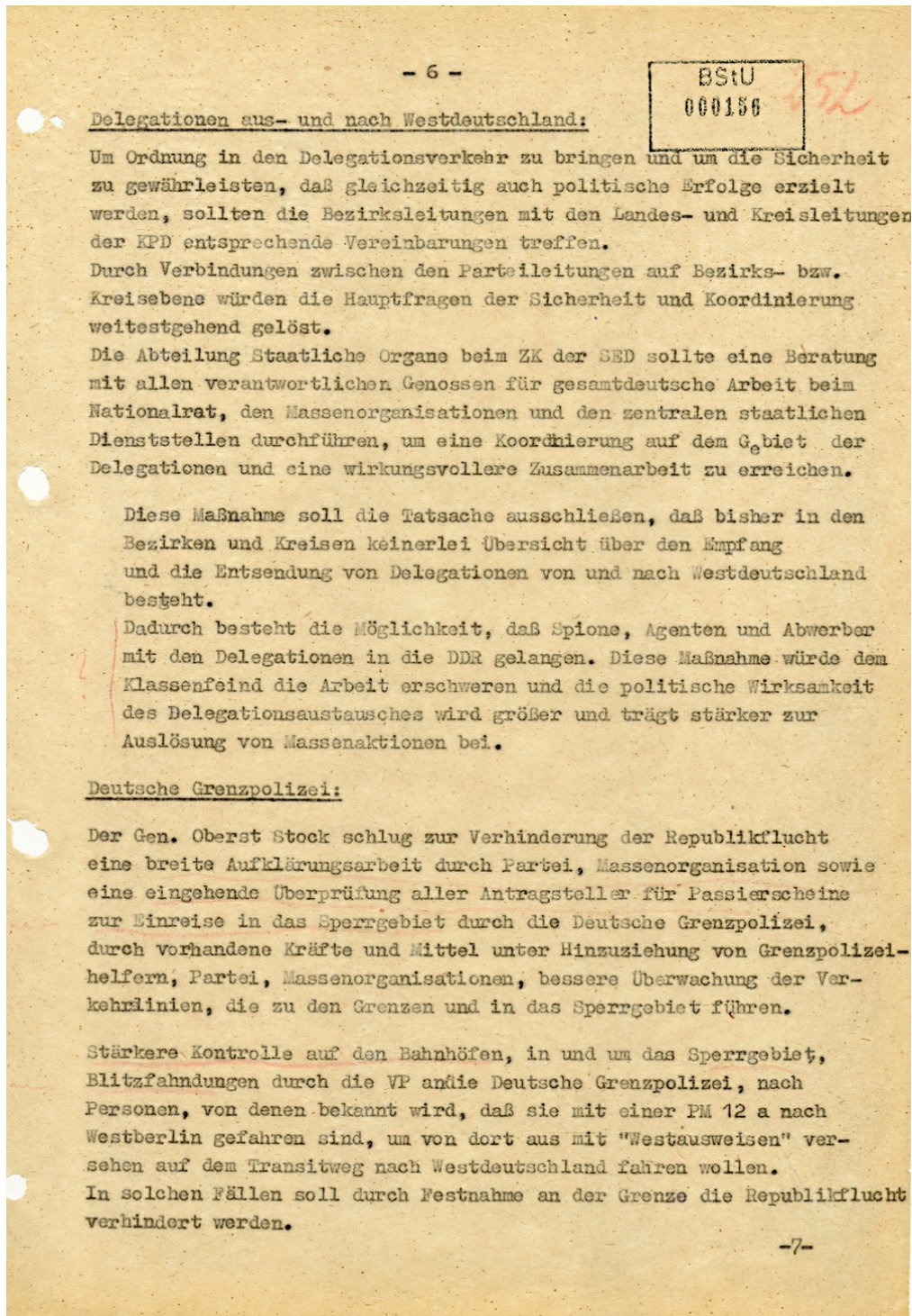
Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



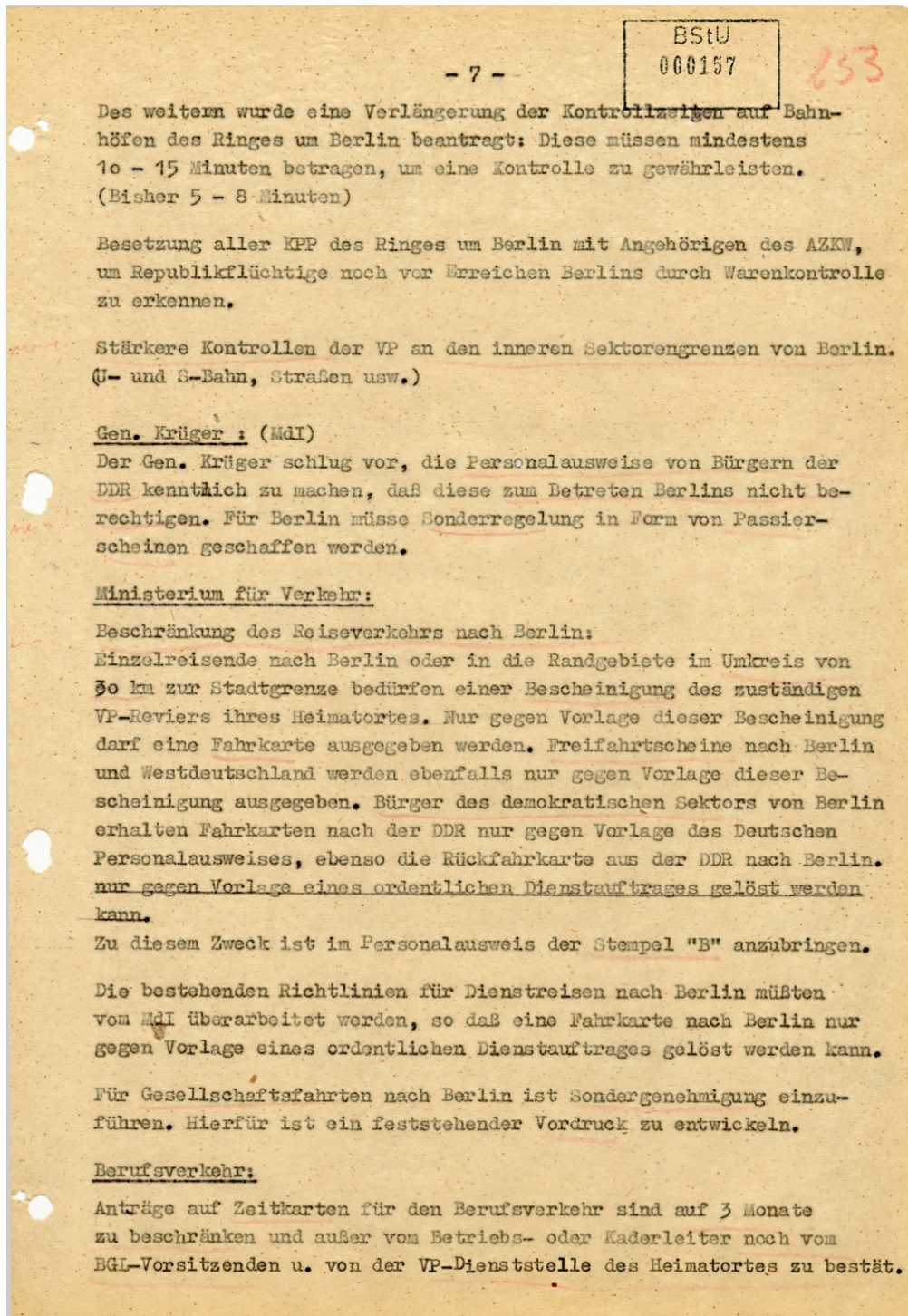
Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



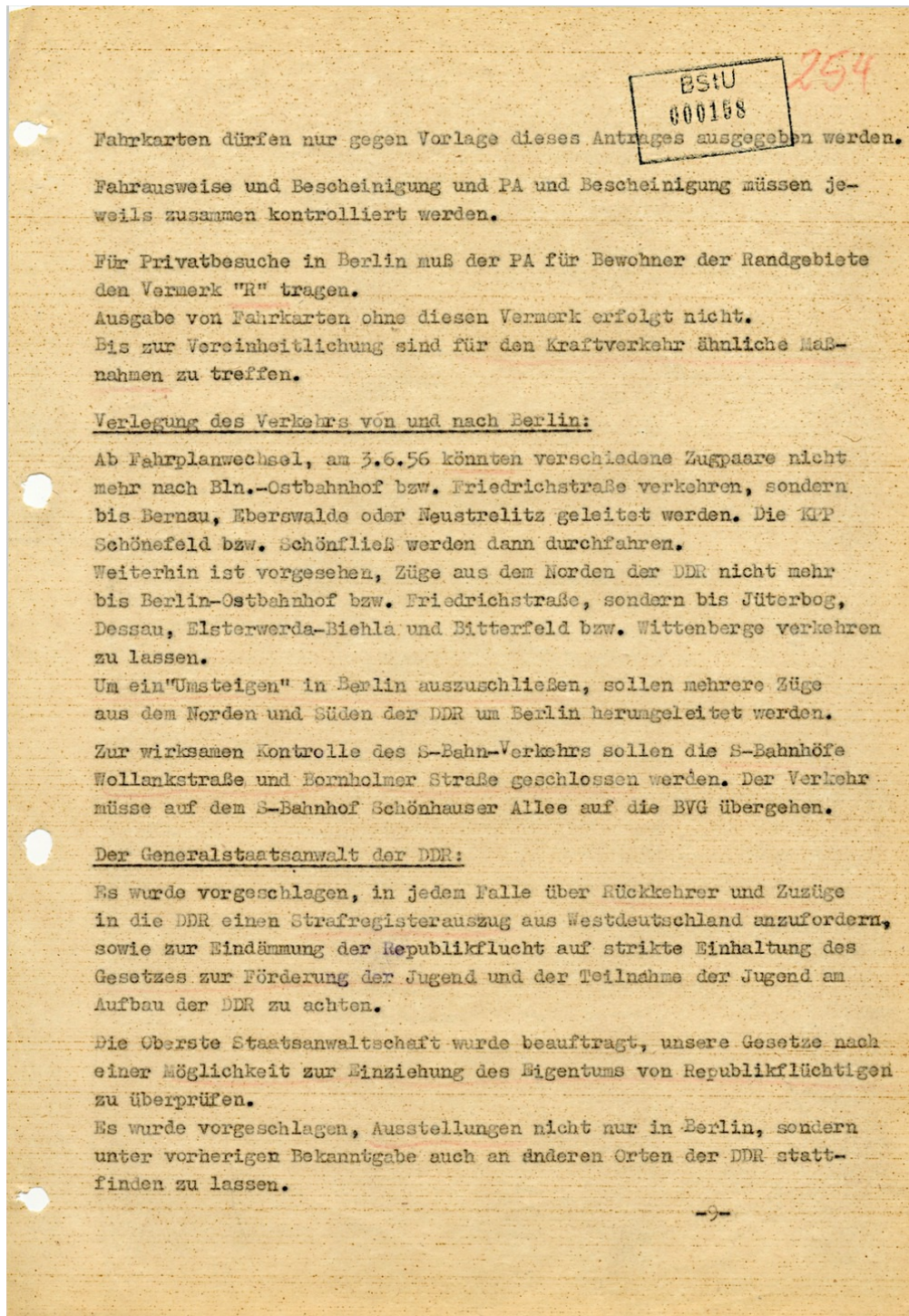
Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

